



Anstehen für eine kostenlose Mahlzeit in einer der solidarischen Küchen der Obdachlosenbewegung MTST.

Foto: MTST

Obdachlosenbewegung in Brasilien

Solidarische Küchen gegen Hunger und Faschismus

In Brasilien hatten die Pandemie und die katastrophale Regierungspolitik des Rechtsaussenpräsidenten Jair Bolsonaro verheerende Auswirkungen. Nicht nur war die Zahl der an Covid-19 Verstorbenen rund viermal höher als der weltweite Durchschnitt. Zahllose Menschen verloren von einem Tag auf den andern ihr Einkommen. «Brasilien hat unter der Covid-19-Pandemie gelitten, aber bis heute leidet das Land unter der Pandemie des Hungers», schreibt die Obdachlosenbewegung MTST. Rund 33,1 Millionen Menschen im Land haben nicht genug zu essen, sechs von zehn Brasilianer*innen haben keine Ernährungssicherheit. Der Hunger, den die Welternährungsorganisation 2014 in

Brasilien als überwunden erklärt hatte, ist mit voller Wucht zurückgekehrt. Die sozialen Bewegungen haben seit Beginn der Pandemie wichtige Solidaritätsarbeit gegen die Verbreitung von Covid-19 und gegen den Hunger geleistet. In den verarmten Vierteln verteilen sie Nahrungsmittelpakete und informieren über Massnahmen zum Gesundheitsschutz. Die Obdachlosenbewegung MTST betrieb Hotlines für Rechtshilfe sowie für physische und psychische Gesundheit. In einer Zeit, in welcher soziale Kontakte nur reduziert stattfinden konnten, waren diese Mittel enorm wichtig, um den Menschen Mut zu geben und den Zusammenhalt der Bewegung zu sichern.

Gleichzeitig hat die MTST solidarische Küchen aufgebaut. Mittlerweile existieren 32 solche Küchen in zwölf Bundesstaaten. Sie sind in armen Vierteln öffentlich und niederschwellig zugänglich, mehrere Tausend Personen erhalten hier täglich eine oder mehrere Mahlzeiten. Die solidarischen Küchen sind nicht nur ein Ort der Hungerbekämpfung, sondern auch der Basisorganisation und der Bildung: Alphabetisierungskurse finden hier statt, für viele Besucherinnen und Besucher sind die Küchen eine Anlaufstelle für Rechtsfragen geworden, Frauengruppen treffen sich zum Austausch. Damit sind die Küchen weit mehr als ein humanitäres Projekt: Sie sind Teil der Organisationsarbeit für die Stärkung des Widerstands gegen Bolsonaros faschistische Politik und zum Aufbau von Alternativen. Der SOLIFONDS unterstützt die solidarischen Küchen, damit sie trotz der hohen Inflation weitergeführt werden können.

Wir danken Ihnen für Ihre Solidarität,
auch im Namen der MTST.

Spur der Verwüstung

Die Bilanz von Bolsonaro's Amtszeit ist katastrophal. Dies zeigt sich unter anderem in der Abholzung des Regenwalds und der Zerstörung der Lebensräume indigener Völker. Im Jahr 2021 wurden mit 13'235 Quadratkilometer Amazonas-Regenwald 22 Prozent mehr Wald zerstört als im Jahr zuvor. Die Entwaldung war damit etwa dreimal höher als 2012.

Auch haben Landkonflikte deutlich zugenommen, wie die Landpastorale CPT in ihrem aktuellen Bericht festhält. Dabei ist das Amazonasgebiet besonders betroffen. In Folge von Konflikten kam es im letzten Jahr zu 109 Todesfällen, wobei alle die indigene Bevölkerung betrafen und von Goldschürfern verursacht wurden. Ebenfalls im Amazonasgebiet wurden 28 Menschen im Kontext von Landkonflikten im Auftrag von «Pistoleiros» und «Agromilizen» ermordet. Die Grösse der von Landkonflikten betroffenen Gebiete in Brasilien beläuft sich aktuell auf mehr als 71 Millionen Hektar, was 17 Mal der Fläche der Schweiz entspricht.

Die in der Verfassung verankerte Landreform ist gleich nach Bolsonaro's Amtsübernahme zum Stillstand gekommen. Schon in den ersten Tagen stoppte die Agrarreformbehörde INCRA per Eilverfügung alle 250 hängigen Prozesse zum Erwerb und Enteignung von Flächen für die Agrarreform. Das Budget der Behörde wurde so drastisch heruntergefahren, dass sie praktisch handlungsunfähig wurde. Infolgedessen sank die Zahl der für die Agrarreform vom Staat zur Verfügung gestellten Landflächen auf null Hektar. Gleichzeitig wird die einfachere Veräusserung von Land gefördert, was zu Spekulation führt und die ohnehin krasse Ungleichverteilung von Land weiter verstärkt.

Frauenfeindliche Politik

Gemäss Umfragen lehnt die grosse Mehrheit der Frauen Bolsonaro ab. Derzeit mobilisieren Frauen mit Grossdemonstrationen gegen seine erneute Kandidatur. Kein Zufall, Frauenfeindlichkeit, Herunterspielen von sexistischer Gewalt und Angriffe auf Frauenrechte sind Teil seiner Politik. In seiner Amtszeit reduzierte er die Mittel, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, und beschnitt reproduktive Rechte. Gewalt gegen Frauen hat deutlich zugenommen: Frauenmorde sind seit 2016 um 50 Prozent angestiegen, jeden Tag werden in Brasilien drei Frauen getötet.



Solidarische Küchen

Die grausame Politik des Hungers bekämpfen

«Unsere solidarischen Küchen sind ein Funke der Hoffnung in der Krise des Hungers und der Arbeitslosigkeit. Während Millionen von Menschen jeden Tag darum kämpfen, etwas zu essen auf dem Teller zu haben, setzen wir den Kampf gegen den Hunger mit aller Kraft fort, ebenso wie den Kampf gegen jede Politik, die sich gegen eine anständige und grundlegende Ernährung richtet.» Dies schreibt die Obdachlosenbewegung MTST. Während der Pandemie verloren unzählige Brasilianerinnen und Brasilianer ihr

Einkommen, in erster Linie informelle Arbeiter*innen, die über keinen Arbeitsvertrag verfügten. Damit verschärfte sich eine Krise, die bereits zuvor begonnen hatte: Nach der Absetzung von Präsidentin Dilma Rousseff im Jahr 2016 hatte der Übergangspräsident Michel Temer das Land einer neoliberalen Schocktherapie unterzogen. Seit dem Amtsantritt des ultrarechten Staatsoberchefs Bolsonaro führte sein neoliberaler Wirtschaftsminister Paulo Guedes diese Politik weiter: Sozialabbau, arbei-

Mit Besetzungen das Recht auf Wohnraum einfordern

Die Obdachlosigkeit in brasilianischen Metropolen ist hoch. Allein in São Paulo hausen Zehntausende Menschen unter Viadukten, weil sie sich mit ihrer – meist informellen – Erwerbstätigkeit die Mieten nicht leisten können. Seit Beginn der Pandemie hat die Zahl der Obdachlosen in São Paulo um 60 Prozent zugenommen. Die Bewegung MTST besetzt zusammen mit obdachlosen Familien brach liegende urbane Flächen und baut Zeltstädte auf mit der Forderung an Behörden und Regierung, das Recht auf Wohnraum umzusetzen. Für über 20'000 Menschen hat sie so Wohnraum erkämpft. In jüngster Zeit baute sie allein in São Paulo drei neue Besetzungen mit je rund 10'000 Bewohner*innen auf, die sich gemeinsam organisieren und Bildungsaktivitäten für Kinder und Erwachsene durchführen.



Gemeinschaftsgärten, kostenlose Mahlzeiten, Bildung und Rechtshilfe sind Teil der solidarischen Küchen.

Fotos: MTST

ter*innenfeindliche Massnahmen und Privatisierungen von öffentlichen Energieunternehmen wurden vorangetrieben. Dabei hatte Guedes, Ökonom der Chicago School of Economics, bereits in Chile unter der Militärdiktatur gearbeitet, wo das neoliberale Credo ab 1973 als eine Art Laborversuch in die Realität umgesetzt wurde. Zentral dabei waren Privatisierungen, der Abbau von Sozialleistungen und ein Rückzug des Staats bei gleichzeitigen Steuersenkungen – mit dramatischen sozialen Folgen bis heute.

Politik der Verarmung

Seit dem Amtsantritt Bolsonaros hat sich die soziale Ungleichheit drastisch verschärft. Die Armutsrate ist auf 50,7 Prozent hochgeschossen, Millionen Menschen wissen nicht, ob sie am nächsten Tag etwas zu essen haben. Von Hunger und Armut sind die afrobrasilianische und die indigene Bevölkerung überproportional betroffen, dabei

trifft es Frauen – insbesondere allein-erziehende – am stärksten. Hungerbekämpfung war für Bolsonaro nie ein Thema. Gleich nach seinem Amtsantritt hat er den Nationalen Rat für Ernährungssicherheit abgeschafft. Erst im Hinblick auf die Wahlen im Oktober hat er ein neues Sozialprogramm aufgelegt, das allerdings auch schon im Dezember, also kurz nach den Wahlen, enden soll.

Aufbau von Alternativen

Angeht die desaströse Situation, die sich mit der Pandemie weiter verschärft hat, hat die Obdachlosenbewegung MTST solidarische Küchen aufgebaut, um in verarmten Vierteln Mahlzeiten an mittellose Bewohner*innen zu verteilen. Dabei sind die Küchen mehr als eine humanitäre Unterstützung: Aktivist*innen der Bewegung bieten Unterricht für Kinder und Erwachsene ebenso an wie Rechtshilfeberatung. Die Küchen sind eine Art niederschwellige Anlaufstelle

geworden, wo sich Menschen zu ihren Rechten informieren können. Gleichzeitig baut die Bewegung wo möglich Gemüse in Gemeinschaftsgärten an. Das ist alles Teil der Basisarbeit, um den Widerstand gegen die grausame Politik des Hungers zu stärken.

Der Kampf der Obdachlosenbewegung gegen Hunger ist damit auch ein Kampf gegen Faschismus und für den Aufbau von Alternativen. Infolge der Wirtschaftskrise und der hohen Inflation ist der Betrieb der solidarischen Küchen allerdings zu einer Herausforderung geworden: Lebensmittelpreise sind drastisch gestiegen und gleichzeitig sind die Möglichkeiten gesunken, Unterstützung in Brasilien selbst zu generieren. «Genau wie die Bevölkerung spüren auch unsere solidarischen Küchen die Teuerung der Lebensmittelpreise, was unsere Arbeit und das Leben aller hungernden Menschen erschwert. Wir sind deshalb froh um Unterstützung. Eure Solidarität ist wichtig für unseren Kampf», schreibt die MTST.

Beunruhigendes Szenario: Drohungen und Bewaffnung im Vorfeld der Wahlen

Am 2. Oktober sollen in Brasilien der Präsident und das Parlament neu gewählt werden. Obwohl Herausforderer Lula bei Umfragen seit Monaten weit vorne liegt, hat Bolsonaro wiederholt klargemacht, dass er eine Niederlage nicht akzeptieren würde. Und schon lange machen Gerüchte über einen möglichen Putsch die Runde. Dabei kommt den Generälen eine wichtige Rolle zu, den Strippenziehern im Hintergrund, die zudem in der Bolsonaro-Regierung viele Regierungsposten besetzen. Schon im März drohten sie dem Wahlgericht mit einer eigenen «parallelen Wahlüberwachung und -auswertung». Nicht unwichtig ist ebenfalls, dass Bolsonaro den Zugang zu Waffen für Mitglieder von Schützen- und Jagdvereinen erleichtert hat. Deren Mitgliederzahl ist um ein Mehrfaches angestiegen, über eine Million neuer Waffen wurden registriert. Damit sind sie nun die grösste bewaffnete Gruppe im Land, mit deutlich mehr Mitgliedern als die Streitkräfte. Dass Bolsonaro eine Niederlage verhindern will, liegt nicht zuletzt daran, dass über 160 Verfahren gegen ihn laufen. Unter anderem ist er angeklagt wegen «Bildung einer kriminellen Vereinigung im Bunde mit Militärs zur Verbreitung von Fake News» im Vorfeld der Wahlen.



Bewohner*innen der Siedlung eKhenana vor ihrer Schule.

Foto: B. Müller/KEESA

Südafrika

Eine solidarische Alternative im Aufbau

Anfang Juni besuchte SOLIFONDS-Koordinatorin Aurora García im Rahmen einer Dienstreise die Obdachlosenbewegung Abahlali baseMjondolo im südafrikanischen Durban. Die Aktivistinnen und Aktivisten der Bewegung leben in informellen Siedlungen, die aus behelfsmässigen Hütten bestehen. Einer dieser Siedlungen ist eKhenana, die der SOLIFONDS bei ihren Solidaritätsaktivitäten während des strengen Lockdowns unterstützt hat. In eKhenana berichten die meist jungen Bewohnerinnen und Bewohner von ihren Projekten. Eine kleine Schule haben sie gebaut, wo sich Lesegruppen mit den Schriften von Denker*innen wie Frantz Fanon auseinandersetzen. Ihr Stolz ist sichtbar, als sie den Hühnerstall zeigen, welchen sie wie den Gemeinschaftsgarten kollektiv betreuen. Mit dem Gemüse aus dem Garten kochen Männer und Frauen täglich Mahlzeiten für die ganze Siedlung. Als Anfang April viele informelle Siedlungen aufgrund von Starkregen schwer von Überschwemmungen getroffen wurden, kochten die Aktivist*innen von eKhenana auch für die Flutbetroffenen. Ihr Ziel ist es, so beschreiben sie, Schritt für Schritt eine solidarische Lebensweise in ihrer Siedlung aufzubauen und so auch eine bessere Zukunft für die gesamte Gemeinschaft.

Repression nimmt zu

Besuch aus dem Ausland empfinden sie dabei als wichtige Stärkung. Die Protestbriefe, die der SOLIFONDS zur Unterstützung der Obdachlosenorganisation an die südafrikanischen Behörden geschrieben hat, sind ebenfalls ein wichtiger Schutz für die Frauen und Männer von eKhenana. Denn die Aufmerksamkeit von internationalen Organisationen hat nicht selten zur Folge, dass die Repression gegen die Bewegung und ihre Bewohner*innen abnimmt.

Schutz brauchen diese Menschen dringend. Im laufenden Jahr wurden drei aktive Abahlali-Mitglieder ermordet, alle drei lebten in eKhenana. Eine der drei Aktivist*innen hätte gegen einen ANC-Politiker aussagen sollen, der hinter Gewaltangriffen auf die Siedlung steht. Teile der politischen Elite stören sich an der Bewegung, die sich dagegen wehrt, dass das Land an Investoren verscherbelt wird, und die eine solidarische Gemeinschaft aufbaut, in der Profitgier keinen Platz hat. Viele der Abahlali-Aktivistinnen und -Aktivisten sind mit Falschanschuldigungen konfrontiert. Repression und Kriminalisierung – und damit teure Gerichtsverfahren – zehren an ihren Ressourcen. Abahlali wird deshalb auch in Zukunft auf internationale Solidarität angewiesen sein.

Marikana: Zehn Jahre Kampf für Gerechtigkeit

Am vergangenen 16. August hat sich das Massaker von Marikana in Südafrika gejhärt: An dem Tag vor zehn Jahren waren 34 streikende Arbeiter der Platinmine in Marikana von der Polizei erschossen wurden. Viele der überlebenden Arbeiter leiden noch immer unter den Folgen ihrer Verletzungen, die meisten Familien der getöteten Arbeiter warten bis heute auf eine Entschädigung. Zusammen mit Überlebenden fordern sie, dass die Verantwortlichen des Massakers zur Rechenschaft gezogen werden, darunter internationale Konzerne wie BASF, der sein Platin vornehmlich von der Mine des Unternehmens Lonmin in Marikana bezieht. Zur Zeit des Massakers war Xstrata (heute Glencore) massgeblich an Lonmin beteiligt, der SOLIFONDS begleitete in der Schweiz die internationale Kampagne «Plough Back The Fruits», welche die Forderung der Hinterbliebenen unterstützt. Eine unrühmliche Rolle spielte der aktuelle Präsident Südafrikas Cyril Ramaphosa, zur Zeit des Massakers Aufsichtsratsmitglied von Lonmin: Er bezeichnete die Streikenden als Kriminelle und rief die Polizei zu einer deutlichen Antwort auf. Für die Hinterbliebenen geht der Kampf für Gerechtigkeit zehn Jahre nach dem Massaker weiter. Ausser einer Entschädigung fordern sie, dass sich die südafrikanische Regierung offiziell entschuldigt. Eine Zivilklage gegen Ramaphosa und gegen die heutige Besitzerin der Marikana-Mine, Sibanye-Stillwater Ltd., ist ebenfalls noch hängig.

Anlässlich des Jahrestags wurde nicht nur die Forderung nach Gerechtigkeit bestärkt, auch wurde der Kampf der Minenarbeiter von Marikana als Anfang neuer sozialer Kämpfe in Südafrika gewürdigt. Denn ohne den Streik in Marikana für würdige Arbeitsbedingungen wäre die breite studentische Protestbewegung für eine entkolonialisierte und kostenlose Bildung undenkbar gewesen.

Buchtipps: Johannes T. Seoka, Marikana – eine offene Wunde. Der Kampf für gerechte Löhne und Entschädigung (...). (Heidelberg) 2022

**IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich
Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7**

Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)